



EESC Info

European Economic and Social Committee

A bridge between Europe and organised civil society
July 2022 | DE



Die lokale Sicht – S3 Episode 9 – Die westlichen Balkanländer an der Schwelle zur Europäischen Union

Der langwierige Beitrittsprozess der westlichen Balkanländer ist zurück auf der Tagesordnung der EU. In dieser Episode des Podcasts „Die lokale Sicht“ geht es um die EU-Erweiterung und die westlichen Balkanländer, die auf ihrem Weg zur EU-Mitgliedschaft nicht alle gleichauf sind.

Unsere Gäste diskutieren über den Grundsatz der schrittweisen und fortschreitenden Integration, die Aussichten der Region, ein Mitglied der EU-Familie zu werden, und darüber, ob die verstärkte Konzentration der EU auf die Ukraine die Verhandlungen mit den westlichen Balkanländern beeinflussen wird.

Ionuț Sibian, EWSA-Mitglied und Vorsitzender des Begleitausschusses Westbalkan, dessen Heimatland Rumänien 2007 der EU beigetreten ist, schildert die Lage in der Region aus Sicht der Zivilgesellschaft.

Jarosław Pietras, ein ehemaliger hochrangiger Beamter der Europäischen Union und der polnischen Regierung, der seinerzeit am EU-Beitrittsprozess Polens beteiligt war, berichtet von seinen Erfahrungen am Verhandlungstisch und spricht darüber, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der großen Erweiterung des Jahres 2004 und der heutigen Situation bestehen.

Dafina Peci, Generalsekretärin des Nationalen Jugendkongresses Albaniens, erläutert die Bestrebungen der albanischen Jugend in Bezug auf die europäische Zukunft ihres Landes.

Camille-Cerise Gessant, Journalistin von Agence Europe, und **Erisa Zykaj**, EU-Korrespondentin für Medien des Westbalkans in Brüssel, schildern aus ihrer journalistischen Perspektive, wie es um die Presse in der Region bestellt ist und wie sie zur Idee der Europäischen Politischen Gemeinschaft stehen. (at)

Available Languages:

ES	BG	CS	DA	EN	DE	ET	FR	EL	GA	HR	IT	LV	LT	HU	MT
NL	PL	PT	FI	RO	SK	SL	SV								

GRUSSWORT



Junge Menschen ermächtigen und Hilfe für die Ukraine

Während ich dies schreibe, erreichen uns schon die ersten Bewerbungen für den Preis der Zivilgesellschaft 2022, der Anfang Juni ausgeschrieben wurde. Ausgezeichnet werden sollen wie jedes Jahr die kreativsten und herausragendsten Projekte von Organisationen der Zivilgesellschaft und Einzelpersonen - Projekte, die uns mit Stolz auf die tolle Arbeit erfüllen, die zivilgesellschaftliche Organisationen überall in Europa an der Basis leisten.

Doch dieses Jahr ist etwas anders, denn zum ersten Mal wurden zwei Themen für den EWSA-Preis ausgewählt: Jugend und Ukraine. Somit werden in beiden Kategorien je drei Preisträger ausgezeichnet.

Vor dem Hintergrund des Europäischen Jahres der Jugend 2022 sollten zunächst Projekte ausgezeichnet werden, die junge Menschen stärken wollen. Mit seinem Preis will der EWSA hervorheben, wie wichtig es ist, jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, aktive Bürgerinnen und Bürger zu werden und Entscheidungen mitzugestalten, die sich auf unsere und insbesondere ihre Zukunft auswirken.

Nach dem brutalen Angriff Russlands auf die Ukraine, der so viel schreckliches menschliches Leid verursacht, erfuhren wir jedoch von immer mehr selbstlosen Aktionen europäischer Organisationen der Zivilgesellschaft und Bürger, die sich blitzschnell organisierten, um den europäischen Nachbarn zu helfen.

Also beschlossen wir, mit dem EWSA-Preis zusätzlich auch Hilfsprojekte für die vom Krieg betroffene ukrainische Zivilbevölkerung auszuzeichnen. Für den Preis in Betracht kommen Menschen oder Organisationen, die humanitäre Hilfe vor Ort leisten, Unterkünfte bereitstellen, Ukrainerinnen und Ukrainern bei der Integration in den Arbeitsmarkt sowie in Schule und Gesellschaft helfen, und all jene, die Hilfe dort geleistet haben und noch immer leisten, wo sie angesichts von Grausamkeit und Aggression am nötigsten gebraucht wird.

Wenn Sie also ein Projekt betreiben, das jungen Menschen bessere Zukunftsperspektiven eröffnen soll, oder wenn Sie sich in irgendeiner Weise für die Unterstützung von Ukrainerinnen und Ukrainern engagieren – entweder für Flüchtlinge, die sich bereits in der EU befinden, oder für Menschen, die in ihrem vom Krieg gebeutelten Land geblieben sind: Bewerben Sie sich schnell! Oder vielleicht kennen Sie ja auch eine Organisation oder eine Person, die herausragende Arbeit in einem dieser beiden Bereiche leistet? Sprechen Sie den EWSA-Preis doch einfach mal an. Bewerbungen sind bis 31. Juli möglich. Machen Sie mit!

Wir freuen uns auf viele kreative Projekte, die für viele etwas bewegen. Nutzen wir die Chance, all diejenigen zu würdigen, die daran arbeiten, Europa für junge Menschen und gemeinsam mit ihnen besser zu machen, und all denjenigen Anerkennung zu zollen, die sich dem Bösen mit Mut, Menschlichkeit und Solidarität entgegenstellen.

Cillian Lohan
EWSA-Vizepräsident für Kommunikation

BITTE VORMERKEN

31. Juli 2022, 10.00 Uhr (Ortszeit Brüssel)

[Preis der Zivilgesellschaft: Bessere Zukunftsaussichten für junge Menschen und Unterstützung ukrainischer Kriegsoffer - Einsendeschluss für Bewerbungen](#)

18. Juli 2022, Brüssel

[Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit vermitteln](#)

21./22. September 2022, Brüssel

EWSA-Plenartagung



DIE UKRAINE IN EINEM BILD

Die ukrainische Journalistin Olha Tschajko aus Kiew schreibt über das gesellschaftliche und politische Leben und nun auch über den Krieg in der Ukraine. Lesen Sie hier das Exklusivinterview mit EWSA info zum Beschluss des Europäischen Rates vom 23. Juni 2022, der Ukraine den Status eines EU-Bewerberlandes zuzuerkennen. Wir zeigen auch das Foto, das Olha ausgewählt hat, weil es für sie diesen historischen Moment versinnbildlicht.

„Der Status als Bewerberland ist für unser Land ein großer Schritt nach vorn, der allerdings mit viel Leid verbunden ist. Wir zahlen einen blutigen Preis für unser Streben nach Demokratie. Aber dies ist der einzige Weg, um uns von unserer postsowjetischen Vergangenheit und dem Einfluss Russlands zu lösen. Wir müssen diesen Kampf gewinnen, damit unsere

nächsten Generationen ein glückliches und unabhängiges Leben führen können.“



ZUR SACHE

In unserer Kolumne „Zur Sache“ äußern sich EWSA-Mitglieder zu wichtigen Themen der europäischen Agenda. Heute fragen wir EWSA-Mitglied Maurizio Mensi, Berichterstatter für die auf der Juni-Plenartagung verabschiedete Stellungnahme „Auswirkungen des europäischen Chip-Gesetzes auf die Herstellung in Luft- und Raumfahrt und Verteidigung“, warum das Thema seiner

Stellungnahme so wichtig ist.

Er erklärt uns, wie sich dieser Rechtsakt in zwei strategisch wichtigen Industriesektoren, Verteidigung sowie Luft- und Raumfahrt, auswirkt.



MAURIZIO MENZI ZUM CHIP-GESETZ: VERTEIDIGUNGS- SOWIE LUFT- UND RAUMFAHRTINDUSTRIE NICHT ÜBERSEHEN

Halbleiter sind wesentlicher Bestandteil aller digitalen Produkte und damit auch für die Verteidigungs- und die Luft- und Raumfahrtindustrie von zentraler Bedeutung, auch wenn auf diese Branchen nur etwa ein Prozent des globalen Chipmarktes entfällt.

In diesem Bereich werden widerstandsfähige und zuverlässige Halbleiter benötigt, die Daten und Informationen vollkommen sicher und abgeschirmt speichern können. Unterbrechungen in der Chips-Lieferkette sind grundsätzlich ein wirtschaftliches und potenziell auch ein soziales Problem, doch in diesen strategischen Branchen werden Engpässe auch schnell zu einem Sicherheitsproblem.

Europa ist von einer kleinen Zahl ausländischer Anbieter abhängig, was erhebliche Auswirkungen hat. Die USA, China und Südkorea investieren derzeit große Summen in diesem Bereich. Die Europäische Kommission will mit ihrem Chip-Gesetz die Fertigung in Europa verdoppeln und bis 2030 einen Weltmarktanteil von 20 % erreichen. Dazu plant sie Investitionen in Gesamthöhe von 43 Milliarden Euro.

Der EWSA fordert die Kommission nun auf, die Finanzierungsquellen für diese Investitionen genauer zu darzulegen. Denn einige Mittel sollen offenbar durch Umwidmung bereits für andere vorrangige Bereiche wie Weltraum, KI und Cybersicherheit vorgesehener Beträge aufgebracht werden – Bereiche, die dadurch nicht gefährdet werden dürfen. Auch die ohnehin knapp bemessenen Mittel des Europäischen Verteidigungsfonds dürfen nicht gekürzt werden. Vor dem Hintergrund zunehmender geopolitischer Spannungen müssen im Rahmen des Chip-Gesetzes unbedingt angemessene Finanzmittel zur Unterstützung des Verteidigungs- und des Luft- und Raumfahrtsektors bereitgestellt werden.

Zudem sollte der Innovationsschwerpunkt des Chip-Gesetzes nicht nur auf möglichst klein dimensionierten Halbleitern, sondern auch auf größer bemessenen Chips liegen, wie sie in der Verteidigungs- und der Luft- und Raumfahrtindustrie nach wie vor im großen Maßstab genutzt werden.

Auch die Entwicklung von Zertifizierungsverfahren ist für diese beiden Sektoren wesentlich. So sollte zum Beispiel die Entwicklung gemeinsamer Normen für die militärische und die zivile Nutzung im Rahmen der europäischen Normungsstrategie unterstützt werden.

Umgehend zu klären ist auch die Frage der Rechtssicherheit in Bezug auf staatliche Beihilfen. Hier müssen auf EU-Ebene die Kriterien für die Genehmigung etwaiger Unterstützungsmaßnahmen festgelegt und auf nationaler Ebene die Verwaltungsverfahren gestrafft werden.

Überdies gilt es, die Zusammenarbeit mit den Verbündeten zu stärken, so mit den USA im Rahmen des EU-US-Handels- und Technologierates. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das weltweite Halbleiterökosystem im Verteidigungs- und im Luft- und Raumfahrtsektor durch hohe Komplexität und gegenseitige Abhängigkeiten gekennzeichnet ist. Nur wenn wir unsere Stärken nutzen und abgestimmte Strategien entwickeln, kann Doppelarbeit vermieden und das gesamte System effizienter gestaltet werden.

Maurizio Mensi, Mitglied des EWSA

EINE FRAGE AN ...



Eine Frage an ...

In unserer Rubrik „Eine Frage an...“ sprechen wir mit EWSA-Mitgliedern über ein Thema, das ganz weit oben auf der europäischen Agenda steht bzw. stehen sollte.

Für die Juli-Ausgabe haben wir mit **José Antonio Moreno Diaz**, EWSA-Mitglied und Berichterstatter für die Stellungnahme [Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen](#), gesprochen. Dabei haben wir ihn gefragt, welche Maßnahmen die EU ergreifen könnte, um die „Epidemie der Gewalt“ gegen Frauen und Mädchen zu bekämpfen, die er als eine Form von Terrorismus bezeichnet, die jedes Jahr Tausende von Opfern fordert.



José Antonio Moreno Díaz: Gewalt gegen Frauen ist eine Menschenrechtsfrage

Von den fast 500 Millionen Menschen, die in der EU leben, sind etwa die Hälfte Frauen. Aus einer Studie der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte aus dem Jahr 2014 geht hervor, dass etwa ein Drittel der Frauen in der EU allein aufgrund ihres Geschlechts irgendwann in ihrem Leben Opfer von Gewalt wird.

Wir sprechen hier über eine **Epidemie von Gewalt gegen Frauen**: Gewalt in ihren Beziehungen, in der Familie, am Arbeitsplatz, auf der Straße usw. Es geht um eine Form von Terrorismus gegen Frauen, der jedes Jahr Tausende von Opfern fordert: Frauen werden getötet, verletzt, misshandelt, erniedrigt, vergewaltigt, angegriffen, beleidigt, beschimpft, bedroht und vieles mehr.

Daher ist Gewalt gegen Frauen eine Menschenrechtsfrage, d. h. ein Verstoß gegen Menschenrechte, wie etwa das Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit, das Recht auf Sicherheit, das Recht auf Nichtdiskriminierung und das Recht auf Privatsphäre, der aufgrund der bloßen Tatsache begangen wird, dass es sich bei dem Opfer um eine Frau handelt.

Daher ist es an den Behörden der Mitgliedstaaten und den EU-Institutionen, die Menschenrechte von Frauen zu schützen. Der von der Kommission am 8. März – dem Internationalen Frauentag – vorgelegte Richtlinienvorschlag ist ein wesentlicher und dringend notwendiger erster Schritt in diese Richtung.

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) begrüßt die Vorlage einer Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, die auf einem bereichsübergreifenden Ansatz beruht und eine innovative Regulierungsmaßnahme darstellt. Auf eine solche Richtlinie hat die Gesellschaft lange gewartet.

Angesichts der Vielfältigkeit und des Umfangs der Formen von Gewalt gegen Frauen dürfen die politischen Maßnahmen zur Bekämpfung dieser

Gewalt nicht neutral sein, sondern müssen vielmehr aus einer klaren und unmissverständlichen **Geschlechterperspektive** heraus erarbeitet werden. So kann sichergestellt werden, dass die Notwendigkeit solcher Maßnahmen besser verstanden und ihre Wirksamkeit erhöht wird.

Es bedarf in der EU einer Debatte über Gewalt gegen Frauen, und es müssen Mechanismen für die Definition strafbaren Verhaltens wie Gewalt ausgearbeitet sowie Strafen und erschwerende Umstände festgelegt werden. Allerdings sind auch Opferschutzverfahren, ein sicherer Zugang zu Gerichtsverfahren sowie Unterstützungs- und Wiedereingliederungsmechanismen für die Opfer nötig.

Der EWSA schlägt vor, dass sozialer Dialog und Tarifverhandlungen auch konkrete Maßnahmen umfassen sollten, damit Frauen, die Opfer von Gewalt sind, ihren Arbeitsplatz behalten bzw., sofern sie keiner Beschäftigung nachgehen, einen Arbeitsplatz finden können.

Zugleich wissen wir alle, dass sich soziale Probleme nicht ausschließlich durch Gerichte lösen lassen, Bestrafung nicht das einzige Mittel sein darf und daher multidisziplinäre Aufklärungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen notwendig sind. Missbrauch sollte mithilfe von Bildung und Kultur vorgebeugt werden, wobei im Bildungsbereich für Gleichheit gesorgt und die Achtung der Vielfalt sichergestellt werden muss.

Bildung und Erziehung sind für die Prägung von Geschlechterrollen und Stereotypen von maßgeblicher Bedeutung; sie sollten deshalb eine präventive Funktion in allen Bildungsstufen erfüllen, insbesondere in Form einer umfassenden Sexualerziehung. Ferner sollten Bildungsfachleute, zivilgesellschaftliche Organisationen (insbesondere Frauenverbände), Sozialpartner sowie die betroffenen Gemeinschaften systematisch in die institutionelle Zusammenarbeit einbezogen werden.

Schließlich äußert der EWSA seine tiefe Besorgnis darüber, dass rechtsextreme Gruppierungen das Ziel verfolgen, Initiativen für die Gleichstellung von Männern und Frauen zu untergraben, und insbesondere, dass die Problematik der strukturellen Gewalt gegen Frauen, die letzteren allein deshalb widerfährt, weil sie Frauen sind, systematisch geleugnet wird. Diese Haltung macht nicht nur ein gleichberechtigtes Zusammenleben unmöglich, sondern sie läuft auch den in Artikel 2 des EU-Vertrags verankerten Werten und Grundsätzen zuwider.

UNSER ÜBERRASCHUNGSGAST



Überraschungsgast

In unserer Rubrik „Überraschungsgast“ stellen wir Menschen vor, die mit ihrer Arbeit ein Vorbild für andere sind und deren Willensstärke und Engagement es verdienen, gewürdigt zu werden.

In dieser Ausgabe von EWSA info ist **Olha Tschajko** unser Gast, eine ukrainische Journalistin aus Kiew, die uns über ihre Arbeit unter Kriegsbedingungen und über die Probleme berichtet, mit denen sie und andere ukrainische Journalistinnen und Journalisten zu kämpfen haben.

Sie beschreibt, wie sie ihrer Arbeit auch unter den derzeit so gefährlichen Umständen nachgehen, wie sie ihrem Land dienen und wie sie mit Falschmeldungen und Propaganda umgehen.



Olha Tschajko: Wir müssen uns auf einen Marathon einstellen

Eines Tages wachst du auf, und in deinem Land herrscht Krieg.

Die Welt ist aus den Fugen, und du versuchst immer noch, deine Verwandten in Russland zur Vernunft zu bringen. Aber Propaganda und Angst scheinen ihnen den Verstand vernebelt zu haben. Dir wird klar, dass sich das Leben aller Ukrainerinnen und Ukrainer, auch von uns Journalisten, von Grund auf geändert hat, weil wir uns nun zumindest bis zu einem gewissen Grad als Soldaten sehen.

Angefangen hat das alles vor acht Jahren mit dem ersten russischen Einmarsch in die Ukraine. Die Zeit zwischen 2014 und 2018 war für das gesamte Land ebenso wie für die Presse schlimm, da der Kreml seine Taten auf verschiedene Weise durch Propaganda rechtfertigte, indem er die Ukrainer als Nazis bezeichnete und die Russen davon überzeugte, dass die Menschen im Donbass und auf der Krim den Schutz Russlands benötigten.

Danach hat sich die Lage einigermaßen stabilisiert. Seit der Revolution der Würde, dem Euromaidan (2013–2014), genießen Journalisten in der Ukraine Pressefreiheit. Es wurde viel einfacher, Interviews zu organisieren, die Politiker konnten die Presse nicht mehr ignorieren, und die Medien gingen nicht mehr davon aus, dass Filmaufnahmen eines Ortes, z. B. eines Bahnhofs, einer U-Bahn-Station oder sogar einer Brücke, staatsgefährdend sein könnten.

Dennoch hat die ukrainische Gesellschaft spätestens seit Dezember 2021 mit einem Überfall Russlands gerechnet. Es gab verschiedene Anzeichen. Die russische Rhetorik und Propaganda wurden schärfer, ausländische Vertretungen von Kiew bis Lwiw wurden evakuiert, und Ausländern wurde dringend nahegelegt, die Ukraine zu verlassen. Der ukrainische Präsident und die ukrainische Regierung beantworteten Fragen nach einem möglichen Krieg ausweichend, so dass wir nur vermuten konnten, wann der Angriff stattfinden würde.

Nach Putins Rede vom 22. Februar, Joe Bidens mehrfachen Warnungen an Amerikaner und Ukrainer und dem Eintreffen militärischer Unterstützung war klar, dass es jeden Tag losgehen konnte. Als es am 24. Februar dann wirklich so weit war, herrschte große Ernüchterung. Als wir die Explosionen im ganzen Land hörten und die Menschen begannen, aus Kiew und anderen Städten und Dörfern zu fliehen, wurde uns bewusst, dass der Krieg eine Tragödie ist, auf die man nie wirklich vorbereitet sein kann. Am ersten Tag versuchten die Journalisten, alles zu filmen, und dachten, dass der Krieg bald vorbei sein würde. Aber es stellte sich auch das ungute Gefühl ein, dass uns ein Marathon bevorstehen könnte.

Die ukrainische Presse hat Erfahrung mit der Berichterstattung über Einsätze zur Terrorismusbekämpfung. Viele Korrespondenten haben an der Front im Donbass Erfahrungen gesammelt. Ende 2016 organisierte das Verteidigungsministerium Schulungen für Journalisten, die sich als Kriegsberichterstatter akkreditieren lassen wollten. Sie wurden über unsere Streitkräfte informiert, und ihnen wurde Grundwissen in taktischer Medizin vermittelt. Die Reporter mussten sich an strenge Regeln halten, z. B. mussten sie Schutzausrüstung

wie kugelsichere Westen und Helme tragen und wissen, was zu tun ist, wenn sie unter Beschuss geraten. Sie mussten sich mit den Pressereferenten des Verteidigungsministeriums abstimmen und sie täglich darüber informieren, wo sie sich an der Front aufhielten. Sie durften nicht offenlegen, wo unser Militär stationiert war. Einige Kämpfer wollten, dass ihre Gesichter oder Tätowierungen im Video unkenntlich gemacht werden, damit sie vom Feind nicht erkannt werden. Die Zahl der getöteten Soldaten durfte nur aus zuverlässigen offiziellen Quellen entnommen werden. Wir wurden vorsichtiger bei Interviews mit den Menschen vor Ort, da viele in den Städten und Dörfern an der Front Verwandte in den besetzten Gebieten hatten und Vergeltungsaktionen der Volksrepubliken Luhansk und Donezk befürchteten.

Seit dem 24. Februar 2022 müssen sich nun alle ukrainischen Journalisten an diese Regeln halten. Wir müssen die Menschen, die bereit sind, mit uns zu sprechen, ganz besonders schützen. Die Menschen in den befreiten Gebieten weinen oft oder berichten uns von Dingen, über die sie vor dem Krieg niemals gesprochen hätten. Deshalb müssen wir wissen, wie man Menschen behutsam interviewen kann, ohne sie zusätzlich unter Druck zu setzen.

Wir müssen nicht nur zweimal, sondern drei-, vier- oder sogar zehnmal nachdenken, bevor wir etwas zeigen, und dürfen dabei nicht paranoid werden oder in Selbstzensur verfallen. Wir müssen daran denken, dass wir in der Ukraine mehrere Revolutionen gebraucht haben, um uns Meinungs- und Pressefreiheit zu erkämpfen. Diese Rechte dürfen wir uns nicht wieder nehmen lassen.

Die Pressefreiheit muss jedoch immer mit sehr viel Verantwortungsbewusstsein wahrgenommen werden. Ich möchte ein Beispiel nennen. In den ersten Tagen, als Russland die Ukraine pausenlos bombardierte, war die Versuchung groß, die Tragödie und die Schmerzen der Menschen ungefiltert zu zeigen – fast in Echtzeit, mit der traditionellen Live-Berichterstattung, die unsere Zuschauer erwarteten. Welch unschöne Überraschung war es für uns, als uns mitgeteilt wurde, dass der Feind unser Bildmaterial nutzen könnte, um seine Gefechtslinie anzupassen! Jetzt warten wir mehrere Stunden ab, bevor wir Beiträge senden. Auch Militärtransporte und Soldaten an Kontrollposten dürfen wir nicht filmen.

Die Themen, über die wir berichten, haben sich völlig verändert. Der Krieg und seine Folgen kommen in jeder Story vor. Wir berichten über Evakuierungen, Zerstörungen und die Siedlungen mit Notunterkünften, die anstelle der von den Russen zerstörten Häuser errichtet werden. Wir sprechen mit Kämpfern, Helden, die unsere Armee trotz der Besetzung unterstützt haben, und ihren Nachbarn. Wir helfen bei Spendensammlungen für unsere Streitkräfte und die taktische Medizin. Wir sind zu Minenräumexperten geworden, wissen aber meist nicht, welchen Wochentag oder Monat wir haben. Wir müssen uns auf einen Marathon einstellen

Unsere Arbeit bedeutet ständigen Stress, der uns an unsere körperlichen und geistigen Belastungsgrenzen bringt. Unsere Fernsehsender (ICTV und STB) haben ein Studio in einem Bunker eingerichtet, aus dem sechs Stunden ohne Unterbrechung gesendet wird. Diesen Sendeplatz haben wir vom TV United News Marathon zugewiesen bekommen, der vom Ministerium für Kultur und Information eingerichtet wurde und an dem sechs private und öffentlich-rechtliche Fernsehsender beteiligt sind, um eine Kriegsberichterstattung rund um die Uhr zu gewährleisten.

Die Ukraine versucht seit mindestens acht Jahren, Falschmeldungen zu widerlegen. Wir Journalisten können russische Beiträge leicht erkennen, da wir nach so vielen Jahren Profis für russische Propaganda sind. Wir überprüfen die meisten Meldungen anhand zuverlässiger Quellen, meist zuständige öffentliche Stellen aus der ukrainischen Zivilgesellschaft. Wir sprechen auch mit Fachleuten aus vielen Bereichen der ukrainischen Gesellschaft. Wir überprüfen Meldungen anhand offizieller Websites, Social-Media-Seiten und natürlich mit den Menschen, über die wir berichten.

Russische oder prorussische Sender werden in unserem Land nicht ausgestrahlt. Ihre Websites können nur über eine VPN-Verbindung (mit Ausnahme offizieller Websites) abgerufen werden. Wir können die russischen

Telegram-Kanäle immer noch überwachen – sie sind leicht zugänglich und beeinflussen natürlich bis zu einem gewissen Grad die ukrainische Bevölkerung, aber unsere Regierung und der Rat für nationale Sicherheit und Verteidigung tun viel, um Zuschauer und Leser mit wahrheitsgemäßen Informationen zu versorgen.

Der United Marathon wird auf mindestens 10 Sendern ausgestrahlt und ist über die App DIYA auf dem Smartphone zugänglich. Der Staat versendet Warnmeldungen über verschiedene Kanäle und soziale Medien, auch wenn es in den besetzten Gebieten viele Probleme gibt, da sie von unseren Internet- und Mobilfunkverbindungen abgeschnitten sind.

Alle postsowjetischen Staaten haben ein weiteres gemeinsames Problem: Die Menschen vertrauen den Nachrichten im Fernsehen nicht. Sie erinnern sich daran, wie die Presse in der Sowjetzeit zensiert wurde, und meinen oft, dass sie manipuliert wird. Dies ist durchaus gut, weil es sie zwingt, Informationen über verschiedene Quellen zu suchen und zu vergleichen, um sich eine eigene Meinung zu bilden. Wir sind uns bewusst, dass unsere Nachbarn, das russische und das belarussische Volk, offiziellen Informationen zu sehr vertrauen und die Fähigkeit eingebüßt haben, kritisch zu denken. Demokratie und Meinungsfreiheit sind deshalb Stärken der ukrainischen Zuschauer, Leser und Journalisten.

Olha Tschajko, ukrainische Journalistin beim Nachrichtenmagazin „Fakty“, ICTV, SLM News

EWSA



EWSA-Preis der Zivilgesellschaft 2022 zu zwei Themen: Jugend und Ukraine

Bessere Zukunftsaussichten für junge Menschen und die Unterstützung ukrainischer Kriegsoffer sind die beiden Themen des diesjährigen EWSA-Preises der Zivilgesellschaft.

Der EWSA nimmt ab sofort Bewerbungen für den von ihm ausgeschriebenen Preis der Zivilgesellschaft 2022 entgegen, mit dem innovative und kreative Projekte und Initiativen in zwei Kategorien ausgezeichnet werden sollen: die Stärkung der Handlungskompetenz junger Menschen und die Unterstützung ukrainischer Zivilpersonen, die von den schrecklichen Ereignissen in ihrem vom Krieg heimgesuchten Land betroffen sind.

Der Preis ist mit insgesamt **60 000 Euro** dotiert und wird auf bis zu sechs Preisträger – je drei pro Kategorie – aufgeteilt.

Das Thema der Kategorie 1 ist die **Stärkung der Handlungskompetenz junger Menschen**. Der EWSA will mit dem Preis Projekte auszeichnen, deren Ziel es ist, eine bessere Zukunft für und mit jungen Menschen in Europa aufzubauen. Sie sollten auf die besonderen Bedürfnisse junger Europäerinnen und Europäer eingehen und sie zur Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben befähigen.

Thema der Kategorie 2 ist: **Europäische Zivilgesellschaft für die Ukraine**. In dieser Kategorie will der EWSA all diejenigen würdigen, die vor Ort aktiv sind und tagtäglich humanitäre Hilfe für die Ukrainerinnen und Ukrainer leisten und Flüchtlingen bei ihrer Ankunft und ihrer Integration in die europäische Gesellschaft helfen.

Für den Preis können alle Organisationen der Zivilgesellschaft, Einzelpersonen und privaten Unternehmen nominiert werden, die gemeinnützige Initiativen durchführen. Alle Initiativen und Projekte müssen in der EU durchgeführt sein, mit Ausnahme der Projekte der Kategorie 2, die auch in der Ukraine durchgeführt werden können.

Ende der Einreichungsfrist für Bewerbungen: 31. Juli 2022, 10.00 Uhr (Ortszeit Brüssel)

Preisverleihung: 14./15. Dezember 2022, Brüssel

Die [Teilnahmebedingungen](#) und das [Online-Bewerbungsformular](#) können auf unserem Internetportal abgerufen werden.

Mit seinem Preis der Zivilgesellschaft will der EWSA auf den herausragenden Beitrag aufmerksam machen, den die Zivilgesellschaft zur Herausbildung einer europäischen Identität und zur Unionsbürgerschaft leistet und durch den die der europäischen Integration zugrundeliegenden gemeinsamen Werte gefördert werden.

(II)



[EWSA spricht sich vorbehaltlos für EU-Beitritt der Ukraine aus](#)

Der EWSA hat eine Woche vor der Tagung des Europäischen Rates eine EntschlieÙung verabschiedet, in der er nachdrücklich befürwortet, dass der Ukraine bedingungslos der EU-Bewerberstatus zuerkannt wird, und die Zusage der europäischen Zivilgesellschaft bekräftigt, Hand in Hand mit der Ukraine zusammenzuarbeiten, um das Land besser wiederaufzubauen.

Auf seiner Juni-Plenartagung verabschiedete der EWSA eine zweite EntschlieÙung zur Ukraine: [Hilfe und Wiederaufbau - Vorschläge der europäischen Zivilgesellschaft](#), in der betont wird, dass dem Land der Beitritt zur EU gewährt werden sollte, sobald es die Beitrittskriterien erfüllt. In der EntschlieÙung wird klar darauf hingewiesen, dass die Bewerbung der Ukraine den laufenden Beitrittsprozess des Westbalkans

nicht beeinträchtigen darf.

Mit Blick auf den Wiederaufbau der Ukraine wird in der EntschlieÙung auf den dringenden Bedarf an europäischer und internationaler Finanzhilfe hingewiesen, um einen Totalzusammenbruch der ukrainischen Wirtschaft zu verhindern.

EWSA-Präsidentin **Christa Schweng** erklärte: „Unsere EntschlieÙung sendet eine klare Botschaft an die Kommission und den Rat, der Ukraine den Status eines Bewerberlandes zuzuerkennen. Die Ukraine hat dies verdient, und die Ukrainerinnen und Ukrainer brauchen eine klare europäische Perspektive.“

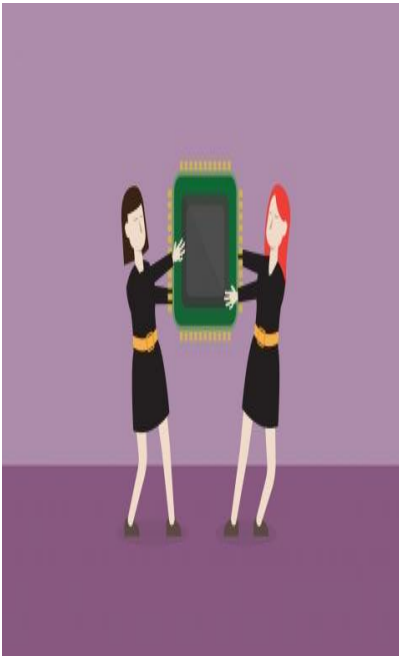
Der Vorsitzende der Gruppe Arbeitnehmer **Oliver Röpke** sagte: „Wir werden mit der Ukraine für die Ukraine zusammenarbeiten, damit das Land die in den EU-Verträgen festgelegten Beitrittskriterien nach und nach erfüllen kann.“

Stefano Mallia, Vorsitzender der Gruppe Arbeitgeber, erklärte: „Wir fordern die EU-Organe auf, spezielle Soforthilfen für KMU bereitzustellen, die zunächst dazu dienen sollten, ihnen das Überleben zu sichern und in der Folge ihr Wachstum zu fördern.“

Séamus Boland, Vorsitzender der Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft, führte aus: „Die Akteure der Zivilgesellschaft müssen unmittelbar an der Planung, Umsetzung und Überwachung der europäischen und nationalen humanitären Hilfe für die Ukraine beteiligt werden, sowohl während des Krieges als auch beim Wiederaufbau des Landes.“

Marta Barandij, Vorsitzende der NGO „Promote Ukraine“, sagte: „Wir brauchen Ihre Hilfe beim Wiederaufbau der Ukraine.“ **Marija Koroltschuk** wies als Vertreterin der NGO „CORE“ und „Funky Citizens“ in sehr berührenden Worten darauf hin, dass die Ukrainerinnen und Ukrainer entschlossen seien, den Krieg zu gewinnen und die Ukraine wiederaufzubauen.

Der Leiter der Mission der Ukraine bei der EU **Wsewolod Tschenzow** dankte den EU-Mitgliedstaaten für ihre Solidarität und hob hervor, dass die Zuerkennung des EU-Bewerberstatus ein historischer Moment für die Ukraine sei. (at)



Chip-Gesetz für Europa: „From Lab to Fab“ allein reicht nicht, um Resilienz zu erreichen

In einem neuen Stellungnahmepaket betont der EWSA, dass die gesamte Halbleiter-Wertschöpfungskette gestärkt werden muss; dies gilt auch für die Endphasen der Produktion, die während der COVID-19-Pandemie ebenfalls kritische Lücken offenbarten.

Auf seiner Juni-Plenartagung hat der EWSA ein Stellungnahmepaket zu der Initiative „Ein Chip-Gesetz für Europa“ verabschiedet. Der EWSA begrüßt die Kommissionsvorschläge als insgesamt sehr gute Initiative zur Behebung der Engpässe während der COVID-19-Pandemie, betont jedoch, dass die Kommission in bestimmten Bereichen darüber hinausgehen sollte.

Der EWSA stellt zuallererst heraus, dass, um eine strategische Resilienz der europäischen Industrie zu erreichen, der gesamte Halbleiterbereich in den Blick genommen werden muss. „Das Kommissionskonzept „From Lab to Fab“ greift zu kurz, da die Wertschöpfungskette nicht bei der Fertigung endet“, so **Heiko Willems**, Berichterstatter für die [Stellungnahme des EWSA zum Chip-Gesetz für Europa](#).

Der EWSA bedauert, dass die letzten Produktionsphasen – Packaging, Prüfung und Montage – nicht umfassend behandelt werden. „Die europäische Produktion wird teilweise zu Verpackungszwecken nach Südostasien versandt und von dort wieder nach Europa zurückgeschickt: Dies ist angesichts der Gefahren der letzten Jahre nicht der richtige Ansatz für die strategische Autonomie“, betont **Dirk Berggrath**, Berichterstatter für die [Stellungnahme des EWSA zum europäischen Halbleiter-Ökosystem](#) (Chip-Gesetz).

Zugleich muss Europa offen bleiben, da die Chip-Branche eine der am stärksten globalisierten Wertschöpfungsketten der Welt ist. Der Aufbau einer eigenen geschlossenen Wertschöpfungskette wäre ökonomisch nicht zielführend. Ein angemessenes Gleichgewicht zwischen der Förderung der Kapazitäten Europas und der Stärkung von Partnerschaften mit gleichgesinnten Ländern ist aus Sicht des EWSA der richtige Weg.

Zur Linderung der Halbleiterknappheit muss die EU verschiedene Fragen angehen: Zugang zu Rohstoffen, FuE-Einrichtungen, geistigem Eigentum und technologischem Know-how sowie Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte. Hierfür sind erhebliche Investitionen und öffentliche Unterstützung erforderlich. Die Kommission plant für die kommenden Jahre Investitionen in Höhe von 43 Mrd. EUR. Der Großteil dieser Mittel stammt jedoch aus anderen Programmen wie „Horizont Europa“ und „Digitales Europa“, d. h. er ist bereits im Haushalt vorgesehen und wird nur neu zugewiesen.

„Wo bleibt das ‚frische Geld‘ für die Industrie?“, fragt **Stoyan Tchoukanov**, Berichterstatter für die [Stellungnahme des EWSA zum Gemeinsamen Unternehmen für Chips](#). „Demgegenüber investieren die USA zwischen 2021 und 2026 52 Mrd. USD, und China will bis 2025 150 Mrd. USD mobilisieren. Selbst ein kleineres Land wie Korea plant bis 2030 Investitionen in Höhe von 450 Mrd. USD.“

Die EU wird zusätzliche öffentliche Mittel erschließen müssen, wobei der EWSA die Kommission auffordert, ihre Investitionspläne zu konkretisieren. Der Betrag von 43 Mrd. EUR kann nur zusammen mit privaten

Investitionen erreicht werden.

Die Kommission ermöglicht staatliche Beihilfen in Höhe von bis zu 100 % der Finanzierungslücke für neuartige, z.B. erstmals in Europa angesiedelte Anlagen, um Technologiesparten zu unterstützen, die aufgrund geopolitischer Bedenken oder ihrer strategischen Bedeutung besonders gefährdet sind.

„Wir alle teilen die Auffassung, dass bei starken Abhängigkeiten in Europa und mangelnden Kapazitäten in Bereichen, wo wir gut aufgestellt sein müssen, Vorhaben auch mit öffentlichen Mitteln finanziert werden müssen“, so die drei Berichterstatter. Und weiter: „Bei staatlichen Beihilfen in Höhe von 100 % schrillen jedoch die Alarmglocken, denn dann könnten Vorhaben gefördert werden, die eigentlich nicht tragfähig sind.“ Die Wirtschaftlichkeit solcher Anlagen muss zumindest mittelfristig gesichert sein, ohne dass es zu einem Subventionswettbewerb, Überkapazitäten oder Marktverzerrungen kommt.



Instrumentalisierung von Migranten und Flüchtlingskrise in der Ukraine erfordern migrationspolitischen Neuanfang

Die staatlich geförderte Instrumentalisierung von Migranten mit dem Ziel, die EU zu destabilisieren, und der beispiellose Zustrom von Flüchtlingen infolge des Ukraine-Kriegs machen eine Überarbeitung der europäischen Migrationspolitik erforderlich. Nach Auffassung des EWSA muss eine gemeinsame Reaktion auf die Flüchtlingskrise auf der solidarischen Aufgabenteilung zwischen den Mitgliedstaaten beruhen. Gleichzeitig gilt es, die Sicherheit der Migranten und ihre Menschenrechte zu gewährleisten.

In seiner im Juni verabschiedeten Stellungnahme zum Thema betont der EWSA, dass die Reaktion der EU auf die Instrumentalisierung von Migranten in eine gemeinsame und kohärente Migrationspolitik eingebettet sein muss.

Die angestrebte spezifische Verordnung in diesem Bereich sollte Verfahren zur solidarischen Aufgabenteilung zwischen den Mitgliedstaaten vorsehen.

Gerade jetzt zeigt sich angesichts des Kriegs in der Ukraine und der massiven Flüchtlingsströme, dass die Migration Auswirkungen auf sämtliche Mitgliedstaaten hat. Deshalb sollte das neue Migrations- und Asylpaket neu gestaltet werden, um den für die Entwicklung einer rationalen und auf Rechten beruhenden EU-Asyl- und Migrationspolitik notwendigen Systemwandel herbeizuführen.

„Jetzt muss der Ruf Europas als Ort, an dem humanitäre Hilfe geleistet und die Einhaltung der Menschenrechte sichergestellt wird, weiter gestärkt werden“, so **Stefano Palmieri**, Berichterstatter für die EWSA-Stellungnahme.

In Bezug auf „hybride Bedrohungen“ durch Drittstaaten mit Ziel, die Einheit der EU auf die Probe zu stellen, betont **Pietro Vittorio Barbieri**, Ko-Berichterstatter für die EWSA-Stellungnahme, dass die Bedrohung nicht von den Menschen ausgeht, die vielmehr Opfer entsprechender Taktiken sind.

Nach Ansicht des EWSA sind die betroffenen Migranten in hohem Maße gefährdet und schutzbedürftig, wobei die humanitäre Hilfe für diese Menschen mit den Standards des EU-Rechts und den etablierten Verfahren zur Unterstützung Schutzbedürftiger unbedingt in Einklang stehen muss. Der EWSA empfiehlt eine gerechte, vollständige und sofortige Anerkennung der Rechte instrumentalisierter Migranten und damit die Vermeidung von Grauzonen und administrativen Unwägbarkeiten. (at)



Konferenz zur Zukunft Europas: auf die Folgemaßnahmen kommt es an!

Die kollektiven Bemühungen der Organisationen der Zivilgesellschaft während der vergangenen 12 Monate haben Früchte getragen: Die Konferenz zur Zukunft Europas hat Ergebnisse zu Fragen hervorgebracht, die die Menschen in Europa bewegen. Mit diesen Worten hieß EWSA-Präsidentin Christa Schweng die für Demokratie und Demografie zuständige Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Dubravka Šuica, am 15. Juni 2022 auf der Plenartagung des EWSA willkommen.

„Auf der Grundlage von Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger und Beiträgen aller Interessenträger wurden 49 Vorschläge mit vielen zukunftsorientierten Zielen aufgestellt, so z. B. die ausdrückliche Ermächtigung des EWSA, als Vermittler und Garant für partizipative Demokratieaktivitäten zu fungieren“, so **Christa Schweng**.

Sie fügte hinzu, dass es nun um eine doppelte Herausforderung gehe: Wie kann der strukturierte Dialog mit den Organisationen der Zivilgesellschaft am besten unterstützt werden, und wie können die Folgemaßnahmen zu den Ergebnissen der Konferenz am besten sichergestellt werden, mit umfassenden, leicht verständlichen und transparenten Rückmeldungen in Form eines Online-Dashboards, die einer öffentlichen Kontrolle unterzogen werden?

Dubravka Šuica machte deutlich: „Der Ausschuss ist ein wesentlicher Baustein des demokratischen Ökosystems, er stärkt das Vertrauen und überbrückt die Kluft zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den Organen der EU. Jetzt kommt es darauf an, dass wir den Europäerinnen und Europäern auch Rückmeldungen zu dieser einzigartigen Übung in Demokratie geben. Die Kommission wird sich immer auf die Seite derjenigen stellen, die mit Reformen ein besseres Funktionieren der EU bewirken wollen. Allerdings sollte es nicht allein um eine Änderung der Verträge gehen, denn Vieles kann und muss auch im Rahmen der bestehenden Verträge getan werden.“

Sie kündigte für Herbst 2022 eine Folgekonferenz an und betonte: „Die Veranstaltung wird dem gesamten Prozess das Siegel der Legitimität verleihen, denn Demokratie ist ein kostbares Gut, das wir niemals als

selbstverständlich hinnehmen dürfen, wie uns die tragischen Ereignisse in der Ukraine nur allzu deutlich vor Augen führen. Wir müssen uns auf die Förderung der Demokratie konzentrieren. Gerade sind wir dabei, unsere Demokratie zukunftsfest zu machen.“ (mp)



Professor Andrea Renda, CEPS

Der EWSA bewertet den „dritten Weg“ Europas zur Digitalisierung

Mit der Erklärung zu den digitalen Rechten und Grundsätzen und dem Datengesetz unternimmt die EU zwei weitere Schritte hin zur Schaffung eines digitalen Raums, in dem die Menschen im Mittelpunkt stehen - so die Botschaft einer Debatte auf der Plenartagung des EWSA im Juni.

Auf der EWSA-Plenartagung am 15. Juni fand eine Debatte über **digitale Rechte und Grundsätze** unter Teilnahme von Professor **Andrea Renda**, Forschungsbeauftragter und Leiter der Abteilung „Global Governance, Regulierung, Innovation und digitale Wirtschaft“ am Zentrum für Europäische Politische Studien (CEPS), statt. Die Debatte stand im Zusammenhang mit der Verabschiedung der EWSA-Stellungnahmen zum Entwurf der [Europäischen Erklärung zu den digitalen Rechten und Grundsätzen für die digitale Dekade](#) und zum [Datengesetz](#).

Professor Renda brachte seine Unterstützung für die Erklärung und das Gesetz zu Ausdruck. Er stellte fest, dass das nun um zwei weitere Puzzleteile ergänzte EU-Regulierungssystem eine Alternative sowohl zum US-amerikanischen System darstellt, das von privatwirtschaftlicher Regulierung in den Händen riesiger Konzerne dominiert sei. Es unterscheide sich aber auch vom staatlich kontrollierten System in China, wo die von großen Technologieunternehmen gesammelten Daten als Massenüberwachungsinstrument der Regierung eingesetzt werden.

„Unsere Vorstellung von Schutz und Sicherheit geht nicht nur mit verantwortungsbewussteren Einzelpersonen und privaten Unternehmen einher, sondern auch mit umsichtigeren und mehr Befugnissen ausgestatteten Regierungen, die über die geeigneten Instrumente verfügen, um einschätzen zu können, was sich als sicher und was als unsicher erweisen kann“, erklärte er. „Auch Nachhaltigkeit ist uns wichtig – nicht nur die ökologische, sondern zunehmend auch die wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeit, zumal das bisherige Modell wirtschaftlich und sozial nicht tragfähig ist.“

„Es ist von entscheidender Bedeutung, dass sich die EU den digitalen Rechten und Grundsätzen verschreibt, insbesondere wenn es um den Zugang zu öffentlichen Online-Dienstleistungen und privaten Diensten für die alternde und die ländliche Bevölkerung geht“, erklärte **Philip von Brockdorff**, Berichterstatter für die Stellungnahme zum Erklärungsentwurf.

Er betonte, dass mit der Erklärung eine nachhaltige Entwicklung nicht nur in Bezug auf die Umwelt, sondern auch mit Blick auf die soziale Nachhaltigkeit sowie die Minimierung der negativen und die Maximierung der

positiven Auswirkungen digitaler Technologien auf die Wirtschaft und Gesellschaft unterstützt wird.

Bei der Erläuterung der EWSA-Stellungnahme zum Datengesetz betonte der Berichterstatter, **Marinel Dănuț Muresan**, dass die berechtigten Sorgen der Zivilgesellschaft unbedingt berücksichtigt werden müssen: „Die Sicherheit der EU-Bürgerinnen und -Bürger ist sehr wichtig. Jeder Interessenträger muss Zugang haben. Wir müssen Datenzentren entwickeln, die den Vorschriften über die Cybersicherheit entsprechen. Außerdem müssen wir dafür sorgen, dass alle, die Daten verarbeiten, kontinuierlich an beruflichen Fortbildungsmaßnahmen teilnehmen und alle Interessenträger und insbesondere KMU einen fairen Zugang erhalten.“ (dm)



Left to right: Stefano Palmieri, Javier Doz Orrit, Brikena Xhomaqi, Luca Jahier, Gonçalo Lobo Xavier, Dragoș Pișlaru

Europäisches Semester: EWSA fordert Reformen für eine wirksame Beteiligung der organisierten Zivilgesellschaft

Auf ihrer Jahreskonferenz im Juni bekräftigte die Gruppe Europäisches Semester ihre Forderung nach Beteiligung der Zivilgesellschaft und schlug einen ständigen und gemeinsamen Finanzierungsmechanismus für Investitionen vor, um die Krisenvorsorge und -reaktion zu verbessern.

Auf der Konferenz wurde auf der Grundlage der jüngsten [EntschlieÙung des Ausschusses](#) über die Reform des Europäischen Semesters beraten, in dessen Rahmen die Umsetzung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne überwacht werden soll. „Angesichts der neuen Herausforderungen für die EU muss das Europäische Semester aktualisiert und gestärkt und die europäische organisierte Zivilgesellschaft mit ins Boot geholt werden“, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der Gruppe Europäisches Semester, **Gonçalo**

Lobo Xavier.

Bei der Eröffnung der Konferenz bekräftigte EWSA-Präsidentin **Christa Schweng**, dass „die Zivilgesellschaft für das Europa von morgen eine zentrale Rolle spielt“, während **Elisa Ferreira**, Kommissarin für Kohäsion und Reformen, erklärte: „Mit Blick auf künftige Krisen dürfen wir uns nicht auf eine Pauschallösung verlassen, sondern müssen auf viele verschiedene Mittel und ein gut ausgestattetes Instrumentarium zurückgreifen können. Wir brauchen Diversifizierung.“

Die EU benötigt in den kommenden Jahren enorme Investitionen. Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion gingen der Frage nach, ob die Aufbaupläne zu einem strukturellen und dauerhaften Instrument gemacht werden sollten, um gemeinsame Investitionen in Schlüsselbereichen sicherzustellen. „Europa muss bei der Energieversorgung unabhängig werden“, so **Javier Doz Orrit**, Vorsitzender der Gruppe Europäisches Semester. **Stefano Palmieri**, Vorsitzender der Fachgruppe Wirtschafts- und Währungsunion (ECO), betonte, dass ein struktureller Wandel des Systems dringend erforderlich sei.

Luca Jahier, stellvertretender Vorsitzender der Gruppe Europäisches Semester, stellte abschließend die Bedeutung der Aufbau- und Resilienzfähigkeit und der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne heraus. „Mit diesen Instrumenten haben wir in den vergangenen zwei Jahren mehr erreicht als in den zwanzig davor“, erklärte er. „Jetzt müssen wir für die Beteiligung der organisierten Zivilgesellschaft, mehr Investitionen und einen schnelleren Übergang sorgen“. (tk)



Pietro Francesco De Lotto and Christa Schweng

Europas Schlüsselindustrien fordern mehr Einfluss des EWSA auf die Politikgestaltung

Bei der Feier zum 20-jährigen Bestehen der Beratungstätigkeit des EWSA in Fragen des industriellen Wandels sprachen sich zentrale Industriezweige der EU für eine stärker datengestützte und zukunftsorientierte Reaktion auf die Umbrüche aus, die durch die COVID-19-Pandemie, den russischen Angriffskrieg, die Klimakrise sowie den industriellen und sozialen Wandel ausgelöst werden.

Am 8. Juni beging der EWSA feierlich das 20-jährige Bestehen seiner Beratenden Kommission für den industriellen Wandel (CCMI). Vertreter der Bergbau-, Energie-, Verteidigungs- sowie Luft- und Raumfahrtindustrie betonten, dass die Politik der EU in einer grundlegend veränderten Welt sowohl die industriellen Erfordernisse als auch die sozialen Gegebenheiten richtig

widerspiegeln müsse.

EWSA-Präsidentin **Christa Schweng** unterstrich bei der Eröffnung das Bestreben des EWSA, „mit der organisierten Zivilgesellschaft, den EU-Institutionen und allen einschlägigen Interessenträgern

zusammenzuarbeiten, um gemeinsame Lösungen für die Herausforderungen zu finden, vor denen unsere Industrie steht.“

Thierry Breton, für den Binnenmarkt zuständiges Mitglied der Kommission, würdigte, dass „der EWSA in industriepolitischen Fragen ein wichtiger Ratgeber ist und bleibt.“ Angesichts der Herausforderungen des Klimawandels, der Pandemie und des Krieges vor der eigenen Haustür müsse Europa dringend sein industrielles Schicksal selbst in die Hand nehmen.

Der CCMI-Vorsitzende **Pietro Francesco De Lotto** sieht die Aufgabe der CCMI darin, neue Fragen zu stellen, Zukunftsthemen zu beleuchten und ihre spezielle Expertise in die Debatte einzubringen, damit die Ansichten aller Beteiligten zum Tragen kommen. Und weiter: „Die Beratende Kommission für den industriellen Wandel ist ein Modell für neue Denkansätze zur Zukunft des sozialen Dialogs in den europäischen Institutionen“.

Die stellvertretende CCMI-Vorsitzende **Monika Sitárová** betonte: „Unsere Berichte liefern eine Faktengrundlage für Stellungnahmen und Empfehlungen. Wir nutzen unsere Erfahrungen mit dem sozialen Dialog, um den industriellen Wandel und seine sozialen Folgen zu bewältigen, frühzeitig Veränderungen zu erkennen und zu sozial akzeptablen Lösungen beizutragen.“ (ks)



Christa Schweng and Ann Hardt

[10 Jahre EBI: EWSA will Einfluss der Europäischen Bürgerinitiative stärken](#)

Am Tag der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) 2022, der am 2. Juni vom EWSA ausgerichtet wurde, betonten Redner und Aktivisten, dass mit einem größeren Einfluss der EBI auch ihr Bekanntheitsgrad steigen würde.

Im Rahmen der Feierlichkeiten anlässlich des zehnjährigen Bestehens der EBI nahm der EWSA eine Bestandsaufnahme der bisherigen Herausforderungen und Errungenschaften vor und wagte auch einen Blick in die Zukunft. Dabei fiel die Bilanz der Redner und Aktivisten gemischt aus. Einerseits wurden einige bemerkenswerte Erfolge hervorgehoben, andererseits aber auch auf Unzulänglichkeiten und Schwächen hingewiesen, insbesondere im Hinblick auf **Wirkung, Zugänglichkeit und Sichtbarkeit** der EBI.

Zur Eröffnung der Veranstaltung erklärte EWSA-Präsidentin **Christa Schweng**: „Vor zehn Jahren wurde dieses nach wie vor einzigartige länderübergreifende Beteiligungsinstrument ins Leben gerufen, das wir heute feiern. Zehn Jahre sind eine lange Zeit, in der wir sicherlich einiges an Erfahrung sammeln konnten. Gleichzeitig sind zehn Jahre aber auch eine sehr kurze Zeit. So müssen wir weiterhin viel lernen, verbessern und der EBI den Platz im institutionellen Rahmen der EU geben, den sie verdient.“

Präsidentin Schweng verkündete den Beschluss des EWSA, sich zu einschlägigen erfolgreichen Initiativen bereits zu äußern, bevor die Europäische Kommission tatsächlich auf diese reagiert. Als erstes Beispiel hierfür nannte sie die EBI **„Rettet die Bienen!“**. Der EWSA wird auch jungen Menschen besondere Aufmerksamkeit widmen und verfolgen, inwieweit die Mitgliedstaaten von der Möglichkeit Gebrauch

machen, das Mindestalter für die Unterzeichnung einer Europäischen Bürgerinitiative auf 16 Jahre herabzusetzen. Diese Möglichkeit wird – abgesehen von drei Mitgliedstaaten, in denen das Wahlalter grundsätzlich bereits bei 16 oder 17 Jahren liegt, – bislang in einem Mitgliedstaat genutzt.

Kommissionsvizepräsidentin **Dubravka Šuica** erklärte: „Die EBI ist ein Beweis dafür, dass die EU-Institutionen fähig sind, sich anzupassen und zu verändern und Forderungen und Anliegen der Bürgerinnen und Bürgern aufzugreifen. Vorrangig müssen wir die Entwicklung eines Ökosystems der demokratischen Innovation und Teilhabe sowie der Bürgerbeteiligung vorantreiben.“

MdEP **Helmut Scholz** merkte an, dass das Europäische Parlament, sofern ihm durch Vertragsänderungen im Anschluss an die Konferenz zur Zukunft Europas das Initiativrecht zuerkannt wird, selbst für die Umsetzung erfolgreicher Europäischer Bürgerinitiativen Sorge tragen könnte.

Im Rahmen eines Workshops wurde näher auf erfolgreiche Bürgerinitiativen der jüngsten Zeit eingegangen. Die Initiatoren waren sich einig, dass sie dringend auf die Unterstützung durch NGO angewiesen seien, um die erforderlichen 1 Million Unterschriften zusammenzubekommen, da die Mittel für entsprechende Kampagnen, deren Kosten sie mit ca. 300 000 Euro bezifferten, fehlten. Sie betonten, dass die Menschen ihnen vertrauten und deshalb eher bereit seien, Initiativen zu unterzeichnen und die von den Mitgliedstaaten verlangten persönlichen Daten anzugeben.

Im Rahmen einer anderen Podiumsdiskussion wurde untersucht, wie beliebt und bekannt die Europäische Bürgerinitiative bei jungen Menschen ist. Viele EBI werden von jungen Menschen initiiert, doch zählen diese nicht unbedingt zu den erfolgreichsten. Die Podiumsteilnehmer erörterten, wie die Institutionen mehr junge Menschen motivieren könnten, Instrumente wie die EBI zu nutzen. Junge Aktivisten betonten, dass es auf die politische Bildung für alle ankommt und diese EU-weit schon jungen Menschen vermittelt werden sollte, damit Instrumente wie die EBI nicht nur einer hochgebildeten Elite vorbehalten bleiben. [Mehr über die Veranstaltung erfahren Sie hier.](#) (dm/rl)

AKTUELLES AUS DEN GRUPPEN



Steigende Inflation ohne Indexierung: Arbeitnehmerlöhne sinken und Armut nimmt zu

von der Gruppe Arbeitnehmer

Maßnahmen sind erforderlich, damit Arbeitnehmer und Familien, die ohnehin bereits kaum über die Runden kommen, infolge des monatlich fortschreitenden Wertverlusts ihrer Löhne nicht vollständig in die Armut abrutschen.

Inflation ist ein kompliziertes Phänomen, dem verschiedene Ursachen zugrunde liegen. Allerdings sind ihre Auswirkungen klar und unmittelbar: In ganz Europa sehen sich Arbeitnehmer und Familien nunmehr sinkenden Reallöhnen und schrumpfenden Ersparnissen gegenüber. Wie so häufig sind vor allem die schwächsten Bevölkerungsgruppen betroffen, da sie ohnehin bereits über einen – bestenfalls – geringen finanziellen Spielraum verfügten. Darüber hinaus ist der derzeitige Preisanstieg bei

Grundgütern wie z. B. Nahrungsmitteln, Strom, Heizenergie und Kraftstoff, auf die die meisten Arbeitnehmer angewiesen sind, besonders ausgeprägt.

Daten der EZB zufolge wurde bis 2008 in einigen Ländern (Belgien, Frankreich, Luxemburg, Malta, Slowenien, Spanien und Zypern) eine Art automatischer Indexierung der Löhne gemäß dem Anstieg der Lebenshaltungskosten vorgenommen, wohingegen in anderen Ländern (Finnland, Griechenland und Italien) eine nichtautomatische Indexierung vorgenommen wurde, die allerdings auch gewissen Leitlinien folgte. Nach den Sparmaßnahmen infolge der Finanzkrise von 2008 haben nur Belgien und Luxemburg die automatische Indexierung beibehalten. In beiden Ländern ist dieser Mechanismus bis heute in Kraft. In Italien, Malta und Zypern hingegen werden mittlerweile nichtautomatische Indexierungen vorgenommen (Quelle: [EZB](#)). Indexierungsmaßnahmen, bei denen in der Regel von den allgemeinen Lebenshaltungskosten ausgegangen wird, können zwar hilfreich sein, doch können sie die enormen Preisanstiege bei den genannten Grundgütern kaum abfedern. Allerdings wird in den meisten EU-Mitgliedstaaten kein solcher Mechanismus angewandt. Daher ist es umso wichtiger, schwächere Bevölkerungsgruppen zusätzlich zu unterstützen und die Ursachen der Teuerung bestmöglich zu bekämpfen. Einige Ursachen der Inflation können auf kurze Sicht nicht kontrolliert werden. Dies gilt insbesondere für die russische Invasion in der Ukraine. Angesichts eines zunehmend unsicheren Umfelds gilt es ferner, strukturelle Schwachstellen der globalen Lieferketten für die Zeit nach der COVID-19-Pandemie zu beseitigen. In dieser Hinsicht bedarf es langfristiger Lösungen. Gleichzeitig müssen Maßnahmen ergriffen werden, damit Arbeitnehmer und Familien, die ohnehin bereits kaum über die Runden kommen, infolge des monatlich fortschreitenden Wertverlusts ihrer Löhne nicht vollständig in die Armut abrutschen. (prp)



„Europa als Aufgabe“ – Motto des tschechischen Ratsvorsitzes passt hervorragend

von Stefano Mallia, Vorsitzender der Gruppe Arbeitgeber

Prag hat ein pragmatisches und dynamisches Programm vorgelegt, das die unmittelbar anstehenden Aufgaben gut widerspiegelt.

Die Tschechische Republik übernimmt den turnusmäßig wechselnden Vorsitz im Rat der Europäischen Union in schwierigen, wenn nicht gar den bisher schwierigsten Zeiten für unsere Union überhaupt. Wieder tobt ein Krieg auf unserem Kontinent, während wir noch mit den Auswirkungen der Pandemie, der schwachen Konjunkturerholung und Inflation zu kämpfen haben.

Das Motto, das der tschechische Ratsvorsitz gewählt hat, ist da sehr aufschlussreich: **Europa als Aufgabe**. Denn es ist unser aller Aufgabe, Europa zum Umdenken und Umbauen zu bewegen und ihm neue Dynamik zu verleihen. Wir müssen den Mut finden, viele unserer derzeitigen Konzepte zu überdenken und dann auch zu ändern.

Wir stehen vor großen Herausforderungen und müssen uns darauf konzentrieren, die richtigen Rahmenbedingungen für Frieden, Sicherheit und Wohlstand in der EU zu schaffen. Gleichzeitig müssen wir die strategische Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft sichern. Nur mit einer starken und wettbewerbsfähigen Wirtschaft können wir dem internationalen Druck standhalten und für unsere Bürgerinnen und Bürger sorgen.

Der Binnenmarkt muss weiter vertieft werden, insbesondere im Dienstleistungssektor und bei der digitalen Wirtschaft. Wir müssen die Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessern und Wissenschaft, Forschung und Innovation unterstützen. Nur so lässt sich die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen steigern.

Wir alle sind für den Grünen Deal und die „Fit für 55“-Agenda, doch müssen wir beim Tempo der Dekarbonisierung der europäischen Industrie behutsam vorgehen. Energieversorgungssicherheit geht derzeit vor Energiewende. In erster Linie gilt es, die Energieresilienz der EU insgesamt zu stärken. Wir müssen uns von Russland unabhängig machen und unsere Energieversorgung durch unterschiedliche zuverlässige Energielieferanten sicherstellen.

Wir brauchen ständige und dauerhafte Lösungen für Einwanderung und Flüchtlinge, bei denen die Lasten gerecht unter den EU-Mitgliedstaaten geteilt werden.

Wir sind zuversichtlich, dass die Tschechische Republik die EU entschlossen führen wird. Prag hat ein pragmatisches und dynamisches Programm vorgelegt, das die unmittelbar anstehenden Aufgaben gut widerspiegelt und möglichst rasche und wirksame Lösungen bereithält.

Im Mittelpunkt des Programms des Ratsvorsitzes stehen Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit – die Gruppe Arbeitgeber kann dies nur unterstützen.

Das Motto „Europa als Aufgabe“ passt hervorragend! (sm)



Europäische Konferenz für einen gerechten Übergang in Irland

Von der Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft des EWSA

Von der Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft des EWSA wurde in Zusammenarbeit mit der Organisation *Irish Rural Link* eine Konferenz in Irland durchgeführt, in deren Rahmen das Thema „Gerechter Übergang“ aus verschiedenen Blickwinkeln erörtert wurde.

Die [Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft](#) hielt am 9. Juni in Partnerschaft mit der Organisation *Irish Rural Link* ([IRL](#)), einem nationalen Netzwerk zur Vertretung der Interessen ländlicher Gemeinschaften in Irland, eine [gemeinsame Konferenz](#) in Tullamore (Irland) ab.

Auf der Konferenz wurden verschiedene Schlaglichter auf das Thema „**Gerechter Übergang**“ geworfen. Die Redner erörterten in drei Podiumsdiskussionen sowohl die Notwendigkeit eines gerechten Übergangs als auch die sich daraus ergebenden Chancen:

- Stärkung von Gemeinschaften und Aufbau von Kapazitäten durch Freizeitaktivitäten und Kulturerbe;
- Schaffung von Arbeitsplätzen und Bereitstellung erneuerbarer Energien;
- Investitionen in die allgemeine und berufliche Bildung.

Die Konferenz wurde von **Pippa Hackett**, irische Staatsministerin für Flächennutzung und biologische Vielfalt, eröffnet. Gastredner waren **Kieran Mulvey**, Mitglied der Kommission für einen gerechten Übergang, Irland; **Declan Harvey**, Vorsitzender des Grafschaftsrates von Offaly, und **Séamus Boland**, Vorsitzender der Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft und CEO von IRL.

Mit Blick auf die Konferenz erklärte **Séamus Boland**: „Ich freue mich, meiner EWSA-Gruppe Tullamore zeigen zu können, damit meine Kolleginnen und Kollegen sich mit eigenen Augen davon überzeugen können, wie der gerechte Übergang in einer Region umgesetzt wird, die am stärksten von den zur Bewältigung des Klimawandels erforderlichen Maßnahmen betroffen ist. Darüber hinaus ist es wichtig, die zentrale Rolle hervorzuheben, die Gemeinschaften beim gerechten Übergang zufällt, und sicherzustellen, dass sie bei jedem Schritt einbezogen und beteiligt werden.“

Ministerin **Pippa Hackett**: „Wir stehen an der Schwelle zum Übergang: Vor uns liegt, bereits klar zu erkennen, die Zukunft. Während einige von uns bereits ihre ersten vorsichtigen Gehversuche unternommen haben, zögern viele von uns verständlicherweise noch, sich voll und ganz auf den Wandel einzulassen und sich von altbekannten und vertrauten Mustern zu verabschieden. Die Organisationen der Zivilgesellschaft spielen eine äußerst wichtige Rolle als Sprachrohr, Vermittler und Impulsgeber sowohl mit Blick auf die Menschen, die am stärksten betroffen sind, als auch mit Blick auf diejenigen, die auf Ebene der Mitgliedstaaten und der EU Rechtsvorschriften für den Übergang schaffen. Ich begrüße diese Konferenz als einen weiteren wichtigen Schritt auf dem Weg für die am stärksten betroffenen Regionen der EU, zu denen auch meine eigene Heimatregion Midlands in Irland gehört.“

Die Schlussfolgerungen und Empfehlungen, eine Videoaufzeichnung und Fotos der Konferenz sowie die Wortbeiträge aller Gastredner sind auf dem [Internetportal des EWSA](#) verfügbar. (jk)

SOON IN THE EESC/CULTURAL EVENTS



[Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt: zuerst zuhören!](#)

Eine Video-Ausstellung im EWSA zeigt die erschreckende Realität von Frauen in Europa, die Gewalt erlebt haben.

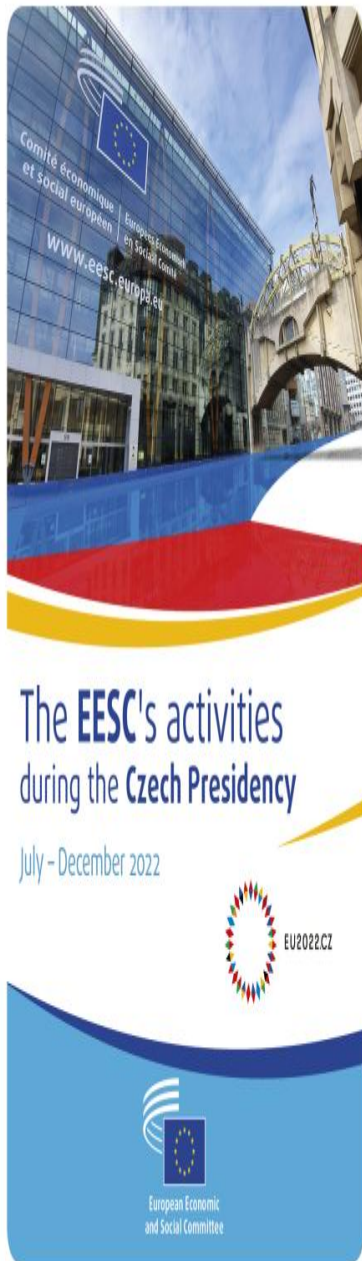
Die virtuelle Ausstellung „Stimmen der Gewalt“ umfasst zehn kurze Videoclips des dänischen Kulturinstituts, in denen dänische, estnische, lettische und litauische Schauspielerinnen Geschichten von anonymen Frauen erzählen. Dabei werden die Spuren und Narben deutlich, die diese Erfahrungen bei Frauen über die Grenzen hinweg hinterlassen. Dahinter steht die Überzeugung, dass man zuerst zuhören und verstehen muss, um entsprechend handeln und eine Veränderung herbeiführen zu können.

Die Ausstellung findet vom 13. Juli bis zum 31. August statt. Eröffnet wird sie online auf der Juli-Plenartagung des EWSA im Zusammenhang mit der Verabschiedung der EWSA-Stellungnahme [„Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen“](#).

Warnung: Manche Inhalte dieser Videoclips können verstörend wirken!

Weitere Informationen finden Sie auf unserer [Website](#).

Die Tätigkeiten des EWSA während des tschechischen Ratsvorsitzes: Juli–Dezember 2022



In einer neuen Broschüre wird dargelegt, wie der EWSA zur Verwirklichung der Ziele des anstehenden tschechischen Ratsvorsitzes beitragen will.

Der tschechische Vorsitz im Rat der Europäischen Union wird sich nicht nur mit der durch den Krieg in der Ukraine verursachten humanitären Krise, sondern auch mit den anhaltenden wirtschaftlichen Folgen dieses Konflikts auseinandersetzen müssen. Noch größer werden diese Herausforderungen dadurch, dass sich Europa noch nicht vollständig von der COVID-19-Pandemie und ihren Folgen erholt hat.

Der tschechische Ratsvorsitz hat **die Energieversorgungssicherheit, den Ausbau der strategischen Resilienz der europäischen Wirtschaft sowie die Stärkung der Verteidigungskapazitäten und der Cybersicherheit in Europa** als Themenschwerpunkte gesetzt. Zugleich wird er sich mit Fragen der Bewältigung der Flüchtlingskrise und der Erholung der Ukraine befassen müssen.

Die **Rechtsstaatlichkeit** und die Resilienz demokratischer Institutionen sind weitere zentrale Bestandteile der Prioritäten des tschechischen Ratsvorsitzes.

Dieser wird darüber hinaus eine weitere wichtige Aufgabe zu erfüllen haben, nämlich durch geeignete, transparente und substanzielle **Folgemaßnahmen an die Konferenz zur Zukunft Europas** anzuknüpfen.

Der EWSA ist bereit für eine enge Zusammenarbeit mit dem tschechischen Ratsvorsitz, um diese gemeinsamen Ziele zu verwirklichen. In der neuen Broschüre wird erläutert, wie die einzelnen Fachgruppen des EWSA in ihren Politikbereichen einen Beitrag leisten wollen. Darin werden auch die Themen hervorgehoben, zu denen der tschechische Ratsvorsitz den EWSA ausdrücklich um seine Sachkenntnis ersucht hat. Der

Ausschuss wird alles daran setzen, dass die Stimme der europäischen Organisationen der Zivilgesellschaft während des gesamten Ratsvorsitzes Gehör findet.

Die Broschüre kann in Englisch, Französisch, Deutsch und Tschechisch auf dem [Internetportal des EWSA](#) abgerufen werden. Gedruckte Exemplare können Sie hier bestellen: vipcese@eesc.europa.eu. (fgr)

Redaktion

Ewa Haczyk-Plumley (editor-in-chief)
Daniela Marangoni (dm)

Beiträge zu dieser Ausgabe von

Amalia Tsoumani (at)
Chrysanthi Kokkini (ck)
Daniela Marangoni (dm)
Daniela Vincenti (dv)
Ewa Haczyk-Plumley (ehp)
Fabiola Giraldo Restrepo (fgr)
Giorgia Battiato (gb)
Jasmin Kloetzing (jk)
Katerina Serifi (ks)
Katharina Radler (kr)
Laura Lui (ll)
Marco Pezzani (mp)
Margarida Reis (mr)
Pablo Ribera Paya (prp)
Thomas Kersten (tk)

Gesamtkoordinierung

Agata Berdys (ab)
Giorgia Battiato (gb)

Technical support
Bernhard Knoblach (bk)
Joris Vanderlinden (jv)

Anschrift

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
Jacques Delors Building,
99 Rue Belliard,
B-1040 Brussels, Belgium
Tel. (+32 2) 546.94.76
E-Mail: eescinfo@eesc.europa.eu

EWSA info erscheint neunmal im Jahr anlässlich der EWSA-Plenartagungen.
EWSA info wird in 23 Sprachen veröffentlicht.
EWSA-Info hat keinen Protokollwert; die offiziellen Aufzeichnungen über die Arbeiten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) können im Amtsblatt der Europäischen Union sowie in anderen Publikationen des EWSA eingesehen werden.
Die Vervielfältigung ist gestattet, sofern EWSA info als Quelle genannt und ein Link an die Redaktion übermittelt wird

08/2022